

## Positionspapier: Rechtsruck in Deutschland

### Rassismus in Deutschland

In den letzten Jahren ist in Deutschland eine populistische und rechtsextremistische Politik zu beobachten.

Dieses Phänomen spiegelt sich insbesondere im Ergebnis der Bundestagswahlen im Jahr 2017 wieder. Seit September 2017 gehören Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus zum politischen Alltag im Bundestag.

Spätestens seit den Wahlerfolgen der AfD finden rassistische Positionen und Praktiken auch Nachahmer in den bürgerlichen Parteien. Mit den Verschärfungen der Asylgesetze wurden eine zunehmend menschenverachtende Behandlung von Geflüchteten und der Abbau demokratischer Rechte zum Standard der deutschen Politik.

Organisierte rechte Demonstrationen gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte gehören seit Jahren zum Bild von Deutschland. Immer deutlicher wird in der Gesellschaft der Ruck nach rechts. Rassistische, antisemitische und islamfeindliche Hetze im öffentlichen Raum, im Internet und in den sozialen Medien haben ebenso wie rassistische Gewalttaten massiv zugenommen (siehe Deutsches Institut für Menschenrechte, 2018). Ebenso gibt es eine steigende Tendenz der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland (vgl. Studien der Universität Leipzig, Mitte-Studie 2018).

Einen Höhepunkt erreichten diese rassistischen und diskriminierenden Ausschreitungen mit der Hetzjagd auf Menschen mit Migrationsgeschichte im August 2018 in Chemnitz. Nach dem Tod eines jungen Mannes kam es zu Demonstrationen mit massiven rassistischen Ausschreitungen durch organisierte neonazistische Gruppen und die AfD. An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass sich diese Übergriffe gegen ein konstruiertes Feindbild des Fremden richten.

## Deutschland ist ein Land voller Vielfalt

Deutschland ist eine vielfältige Gesellschaft und seit jeher durch Migration geprägt. Laut dem Statistischen Bundesamt hatten im Jahr 2017 über 23% der Einwohner\*innen einen Migrationshintergrund. Bei den unter Zehnjährigen hatten mehr als 39% der Kinder einen Migrationshintergrund. Doch obgleich eine kulturelle Vielfalt in der deutschen Gesellschaft seit jeher durch Migrationsprozesse gegeben ist, hat die Konstruktion des „Fremden“ als „Feind“ besondere Aktualität. Einzelpersonen und Parteien schüren Verunsicherung und Ängste und spalten die Gesellschaft.

## Zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Als Niedersächsischer Integrationsrat fordern wir die Politik auf, dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft zu begegnen, indem politische Lösungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden.

Dazu bedarf es insbesondere institutionalisierten Programmen und Projekten, die den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Ziel sollte es sein, unsere Gesellschaft gemeinsam zu gestalten und als einen Ort zu sehen, an dem Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Bezügen miteinander leben.

Dies geht unabdingbar einher mit dem konsequenten Schutz unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates vor rechtsradikalen Angriffen und ebenso vor rechtsextremen Tendenzen. Der zunehmende Rechtsruck macht deutlich, dass es in der Gesellschaft einen hohen Bedarf gibt, sich mit Fragen der Entwicklung Deutschlands auseinanderzusetzen.

Wir fordern deshalb:

- Programme, die den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt fördern
- Anerkennung der in der Gesellschaft vorherrschenden Diversität

- Schutz unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates vor rechtsradikalen Angriffen
- Stopp von eindeutigen rassistischen Äußerungen – Keine Toleranz gegenüber rassistischen Äußerungen
- Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle für Niedersachsen
- Programme gegen Angst- und Hetzkampagnen – gesellschaftliche Aufklärung und gesellschaftliche Bildung
- Förderung der demokratischen Gesellschaft – Förderung der Bildung von demokratisch denkende Menschen

Zudem unterstützt der Niedersächsische Integrationsrat ausdrücklich die Forderungen des Bundesintegrationsrates (BZI):

*„Wir fordern für ein offenes und vielfältiges Zusammenleben eine kohärente bundesweite Initiative gegen Rassismus und die Stärkung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten, um die Vielfalt unserer Bevölkerung auch in der Politik widerzuspiegeln. Um gemeinsam Entscheidungen zu treffen, damit solche Missstände nicht permanent unser Land in Verruf bringen, und Menschen, die anders aussehen, nicht in Deutschland in Angst vor rechter Gewalt leben müssen.“ (vgl. BZI, 2018)*

*NIR – Niedersächsischer Integrationsrat*

*Text: Antonia Martin Sanabria, Birgit Sacher*

*Verabschiedet durch das Plenum am 03.03.2019 in Hameln*

---

*Der Niedersächsische Integrationsrat (NIR) setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Integrations-/Migrationsräte, -beiräte oder -ausschüsse zusammen, die bei den Mitgliedsgemeinden, -städten und -kreisen bestehen.*

*Ziel des Gremiums ist die politische, rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von deutschen Staatsangehörigen und allen nationalen und ethnischen Minderheiten, deren Angehörige ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.*